

Pressemitteilung

Berlin, 12. Juni 2006



Private Krankenversicherung darf nicht für Koalitionsfrieden geopfert werden

Zur gestrigen Meldung der „WamS“, wonach die Große Koalition eine Einbeziehung der Privatversicherten in den Gesundheitsfonds erwägt, erklärt der Vorsitzende des Verbandes der privaten Krankenversicherung Reinhold Schulte:

„Dieser Vorschlag bedeutet die Abschaffung der privaten Krankenversicherung (PKV), bedeutet ein leistungsfeindliches Einheitssystem, bedeutet Bürgerversicherung. Damit würden aus privatwirtschaftlichen Versicherungsunternehmen gesetzlich regulierte Kassen. Das wäre der Schritt in die Verstaatlichung des Gesundheitssystems – es wäre das Gegenteil von „mehr Freiheit wagen“!

Die diskutierte Einbeziehung der PKV in den Gesundheitsfonds wäre Kompromisspolitik im schlechtesten Sinne: Der Koalitionsfrieden würde auf Kosten Dritter – nämlich der jetzigen und künftigen Beitragszahler – verlängert werden. Denn die Große Koalition wird das Problem der steigenden Gesundheitskosten in einer alternden Bevölkerung erheblich verschärfen, wenn sie die kapitalgedeckte private Krankenversicherung abschafft und 100 Prozent der Bevölkerung in das demografieanfällige Umlageverfahren der gesetzlichen Krankenversicherung zwingt. Das wäre eine Politik zu Lasten der jetzt Erwerbstätigen und der nächsten Generationen.“

Hinweis auf Pressekonferenz des PKV-Verbandes am Mittwoch, den 14. Juni 2006, um 10.30 Uhr im Haus der Bundespressekonferenz, Konferenzraum 4, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin.

Der Vorsitzende des PKV-Verbandes, Reinhold Schulte, und der Direktor des PKV-Verbandes, Dr. Volker Leienbach, werden zu den aktuellen Plänen der Bundesregierung Stellung beziehen.

Pressesprecherin
Ulrike Pott

Telefon
(030) 204589-23
(0221) 37662-16

Telefax
(030) 204589-31
(0221) 37662-46

E-Mail
presse@pkv.de

Internet
www.pkv.de

Friedrichstraße 191
10117 Berlin

Bayenthalgürtel 26
50968 Köln

Dem PKV-Verband gehören 49 Unternehmen an, bei denen 26,4 Mio. Versicherungen bestehen: 8,4 Mio. Menschen sind komplett privat krankenversichert, außerdem gibt es 18 Mio. private Zusatzversicherungen.